

Luzerner Tagblatt

Irische Regierungspartei gewinnt Wahlen

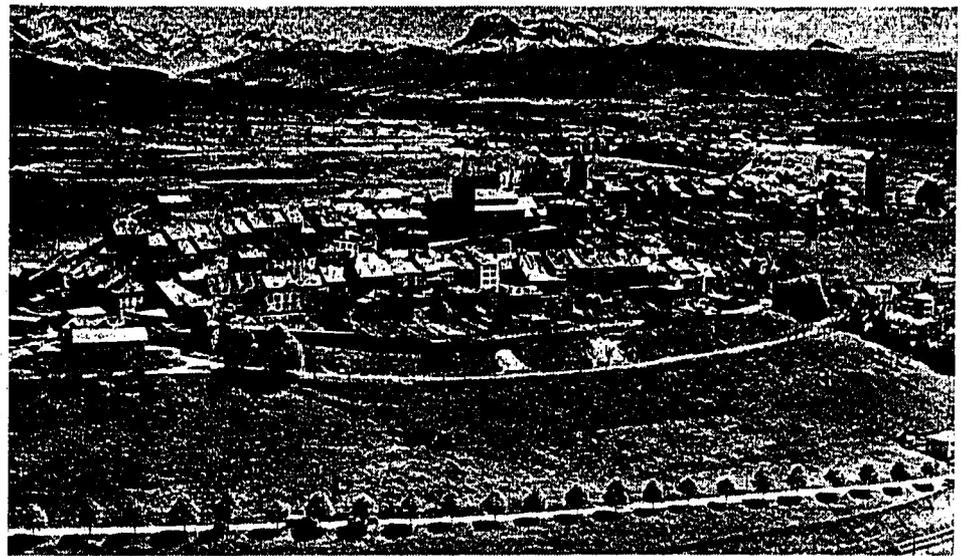
Kein Nachfolger für Lindt

Adorni Sieger der TdS

2

LM

LM



«rotundus mons» — Romont

Das malerische Städtchen Romont im Kanton Freiburg, der Hauptort des Glâne-Bezirks, ist in seiner Anlage einzigartig in der Schweiz. Es steht auf einem freistehenden, «runden» Hügel («rotundus mons»), von dem es auch seinen Namen hat. Ursprünglich stand hier nur eine Festung; 1239 kaufte Peter von Savoyen den Platz und gründete das Städtchen.

Foto Comet

Die politische Systembelastung unter Pompidou

Der Vorsitzende des französischen Verfassungsrats, Gaston Palewski, hat am Donnerstagabend feierlich das offizielle Ergebnis der Präsidentenwahl proklamiert, und damit tritt nun Georges Pompidou offiziell als zweiter Präsident der Fünften Republik sein Septennat an. Das Trauma der jähren Vakanz, das mit dem Rücktritt de Gaulles am 28. April den herrschenden Gaullismus erschütterte, ist überwunden und vorbei. Frankreich hat ein neues Staatsoberhaupt, doch die Gaullisten haben ihren unantastbaren Chef verloren. Nach der Wahl Pompidous ließen die Gaullisten ihrer Rede freien Lauf: Aeger, Kritik, Verdruss und Rivalität konnten zum Ausdruck, und bereits schickte die Partei sich an, dem neuen Präsidenten in die Politik hineinzureden.

Zweifellos hat Pompidou am 15. Juni prozentual mehr Stimmen erhalten als de Gaulle im Dezember 1965. Doch wäre es ein Irrtum, zu glauben, Frankreich habe einen zweiten de Gaulle gefunden. Nicht weil Pompidou in seinen politischen Zielen und Richtlinien von jenen seines Vorgängers abweicht, sondern weil er nicht über dessen Autorität verfügt. Im Gegensatz zu de Gaulle wird Pompidou der Politik und dem Willen seiner Partei Rechnung tragen müssen. Der General konnte es sich noch leisten, gegen den schriftlich bekundeten Willen der Partei in Algerien Unabhängigkeitsverhandlungen aufzunehmen und abzuschließen, den Rückzug aus der Militärorganisation der Nato zu beschließen und gegen Israel ein Waffenembargo zu verhängen, nachdem von seinen treuesten Anhängern mehrere am Siebentagekrieg an der Seite Israels teilgenommen hatten. Ziel und Aufgabe der Parlamentsfraktion UDR war es, «die Politik de Gaulles zu unterstützen». Das war eine Art Blankoscheck für die Zukunft: Im vornherein stand fest, daß diese Politik unterstützt würde, und zwar noch ehe man überhaupt wußte, worin sie bestand.

Opposition und Satiriker haben den gaullistischen Parlamentariern den wenig schmeichelhaften Titel «inconditionnels» — Bedingungslose — verliehen, weil für sie das Gute eben das zu sein hatte, was von de Gaulle kam. Gewiß, das ging schon unter de Gaulle nicht immer reibungslos, und da und dort gab es Risse im System. Für Pompidou drohen die Schwierigkeiten um so größer zu werden, als seine Kandidatur über die Köpfe der Parteinstanzen hinweg eingereicht wurde: Er wählte nicht den 28. April — als der traumatisierte Gaullismus noch «im Leid» war —, um seine Kandidaturerklärung abzugeben, sondern den 29., als der erste Schock bereits vorüber war und sich noch niemand richtig auf die Folgen besonnen hatte. Aber niemand hatte ihn zu diesem Schritt aufgefordert, kein UDR-Kongreß und kein leitender Parteiaus-schluß. Mit der «Gebärde» eines de Gaulle stieg er allein und souverän in die Arena der Wahlkampagne allen anderen voran. Wollten sie nicht vor der ganzen Öffentlichkeit ihre Uneinigkeit ausbreiten, konnten die Parteiführer nur mehr ihr begeistertes Ja-Wort dazu sagen.

Daß sich hinter diesem «Ja» aber mehr als pure Begeisterung aufgestaut hatte, ist jetzt zum Vorschein gekommen, nachdem die Schleusen in der geschlossenen Einheitsfront des Wahlkampfes wieder geöffnet sind. Nur mit einer Huldigungsrede auf de Gaulle und einem eindringlichen Appell an das Einheitsbewußtsein der Deputierten gelang es am 17. Juni dem amtierenden Premierminister Couve de Murville, den Ausbruch eines lautstarken Proteststurmes gegen Pompidou in der Fraktion zu verhindern. Plötzlich besannen sich einige darauf, daß Pompidou schon im Januar (in Rom) erklärt hatte, im Fall einer Vakanz würde er als Nachfolger de Gaulles kandidieren. Hatte er damit nicht den Stimmungsumschwung eingeleitet, der zur Niederlage de Gaulles am 27. April führte, indem er aus jenem Referendum eine Alternative «de Gaulle oder Pompidou» machte, die unmerklich anstelle der Alternative «de Gaulle oder das Chaos» trat? Ist der ehemalige Premierminister nicht über die «politische Leiche» de Gaulles am 15. Juni als Sieger ins Ziel gestürzt? Standen an seiner Seite nicht Leute wie Jacques Duhamel (demokratisches Zentrum) und Giscard d'Estaing, die vor dem 27. April gegen de Gaulle waren, und solche, die wie Antoine Pinay, sich geweigert hatten, die Ja-Parolen zu unterschreiben? Eigentlich wäre da noch eine Abrechnung fällig, zumal Pompidou sich nun anschiekt, die «Arbeiter der elften Stunde» wie Giscard d'Estaing, Pinay, Duhamel u. a. m. mit Ministerportefeuilles zu belohnen. Dazu kommt noch, daß der in der gaullistischen Dynamik gewählte Pompidou die großen Sozialreformen des Generals, so die betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer, beiseite geschoben und offenbar abgeschriebe hat. Dies zum verbitterten Leidwesen der Linksgaullisten, die dem ehemaligen Premierminister ihre Stimmen gebracht haben. Realistisch muß man sich heute fragen, ob die gaullistische Ordnung, wie der General sie praktiziert hatte, nicht ein einmaliges Phänomen in der neuzeitlichen Entwicklung Frankreichs darstellt, und ob mit ihm nicht der Stabilität, Autorität- und Prestigeimpuls für alle Zeit in der gaullistischen Form von der Fünften Republik gewichen ist. Weniger am System als an der Person de Gaulles lag es, daß das Frankreich der letzten elf Jahre den Franzosen selbst und der Außenwelt so andersartig erscheinen mußte. System und Regime sind nur Werkzeuge. Sie können in den Händen eines Pétain, der 21 Regierungen der Vierten Republik oder eines de Gaulle dienen, nie werden ihre Wirkung und Erfolg dieselben sein. Heute «doziert» Pompidou oder Chaban-Delmas die Portefeuilles genau wie ein Henri Queille oder ein Joseph Laniel einst sein Kabinett basteln mußte, um seinen Anhängern zu gefallen, seine Freunde nicht auf der Strecke zu lassen und sich keine neuen Feinde zu machen. Erstmals ist deutlich geworden, daß nach dem Weggang de Gaulles die Säulen der Fünften Republik ein Gebäude stützen, das ohne den General rasch wieder der Vierten Republik ähnlich sehen könnte.

Paul Keller (Paris)

Pompidou zog ins Elysée ein

Paris, 20. Juni. (UPI) Der ehemalige französische Ministerpräsident, Georges Pompidou, wurde am Freitag in einer schlichten Zeremonie im Pariser Elysée-Palast in sein neues Amt als Staatspräsident der Fünften Republik eingeführt. Pompidou ist der 19. Präsident von Frankreich und gleichzeitig der zweite in der elfjährigen Geschichte der Fünften Republik. An der Feierstunde im Elysée-Palast nahm sein Vorgänger, General de Gaulle, nicht teil. De Gaulle war am Donnerstag von einem Urlaub in Irland nach Frankreich zurückgekehrt.

Trotz des Regens umsäumten große Menschenmengen die Straßen, die Pompidou zum erstenmal mit einer Präsidentenskorte der Polizei in einer geschlossenen Limousine durchfuhr. Vor dem Palast präsentierte ein Bataillon der Republikanischen Garde, als der Präsident vorfuhr. Während der Feierstunde verlas Palewski noch einmal das Wahlergebnis und sagte dann: «Hiermit rufe ich Georges Pompidou zum Präsidenten der Französischen Republik aus.» Zu diesem Zeitpunkt wurde im Park des Elysée-Palastes ein Salut von 21 Schüssen abgefeuert.

An der Amtseinführung nahmen neben Senatspräsident Alain Poher, der seit dem Rücktritt de Gaulles verfassungsgemäß als Präsident amtierte, alle Mitglieder der alten Regierung teil.

Pompidous erste Ansprache als Präsident

In einer ersten kurzen Ansprache als Präsident erinnerte Pompidou sogleich an seinen Vorgänger de Gaulle, der Frankreich zehn Jahre «mit unvergleichbarer Brillanz und Autorität» repräsentiert habe. Es sei de Gaulle gewesen, der Frankreich Institutionen gegeben hat, dank derer das Land seit zehn Jahren politische Stabilität besitze und verschiedene ernste Krisen überwunden

habe. Pompidou versicherte, er werde sein Amt getreu der Verfassung ausüben mit dem Wunsch, die Würde Frankreichs zu bewahren. Der Präsident, der keine politischen Erklärungen abgab, bekannte sich ferner zur Zusammenarbeit mit allen Kräften, die die Souveränität des Staates unterstützen. Bereits vorher hatte Senatspräsident Poher bei einer privaten Zusammenkunft die Obliegenheiten des Präsidenten an Pompidou übergeben.

Pinay verlangt Bedenkzeit

ag. (DPA) Die Bildung der neuen französischen Regierung stößt offenbar auf Schwierigkeiten. Der 77 Jahre alte ehemalige Ministerpräsident Antoine Pinay, dem das Finanzministerium übertragen werden soll, hat sich am Donnerstag nach einer einstündigen Unterredung mit Staatspräsident Pompidou Bedenkzeit erbeten.

Bonn zu Zusammenkunft mit Pompidou bereit

Bonn, 20. Juni, ag. (DPA) Die deutsche Bundesregierung hat am Freitag ihre Bereitschaft bekräftigt, sich jederzeit zu einem Meinungsaustausch mit dem neuen französischen Staatspräsidenten Pompidou an einem Termin zu treffen, den Pompidou selbst vorschlägt.



Die Jünger und ihr Prophet

Der 71jährige deutsche, 1933 nach den USA emigrierte Philosoph und Soziologe Herbert Marcuse, ein «Rebell gegen die Gesellschaft im Ueberfluß», Verkünder eines neuen «unprogrammierten Menschen», dessen «Freiheitsidee» in vielen jungen Studenten gezündet hat, obschon sie keinen gangbaren Weg weist, weilt zurzeit in Rom. Er hält dort Vorträge. Da er sich von einem jede Autorität ablehnenden Anarchismus distanziiert, kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen mit den Extremisten.

Keystone

Abzug aller US-Bodentruppen bis Ende 1970?

Auf seiner ersten Pressekonferenz seit dem 18. April äußerte Präsident Nixon in Washington die Hoffnung, daß die amerikanischen Bodenkampftuppen noch vor dem Ende des Jahres 1970 aus Südvietnam zurückgenommen werden könnten — Optimistisch zeigte sich der Präsident auch über einen baldigen Beginn der amerikanisch-sovjetschen Gespräche über die Begrenzung des Wettrüstens mit strategischen Waffen — Er rechnet mit dem Beginn der Verhandlungen bis zum 15. August

Washington, 20. Juni, ag. Vietnam, Lateinamerika, Naher Osten, atomare Rüstung und Inflation: Zu diesen Themen nahm der amerikanische Präsident Nixon am Donnerstagabend im Weißen Haus an einer Pressekonferenz Stellung, die vom Fernsehen übertragen wurde. Der Präsident erklärte: Vietnam: Die Regierung hofft, noch dieses Jahr 100 000 Mann und bis Ende 1970 sämtliche amerikanischen Bodentruppen aus Südvietnam abziehen zu können. Die Höhe des nächsten Kontingentes, das abgezogen wird, soll im August festgesetzt werden. Auf den vorläufigen Abzug von 25 000 Mann hat Hanoi bisher nicht reagiert. — Von den Pariser Vietnamverhandlungen sind erst in etwa drei Monaten konkrete Ergebnisse zu erwarten. — Washington wird

die Regierung Thieu weiterhin unterstützen. Man hofft, daß die provisorische Revolutionsregierung Südvietnams den Plan für die Durchführung von Wahlen unter internationaler Aufsicht unterstützen wird.

Lateinamerika: Die Informationsreise Gouverneur Rockefeller hat sich als nützlich erwiesen. Die Unruhen, die aus Protest gegen die Reise ausgebrochen waren, haben die Notwendigkeit der Mission Rockefeller unterstrichen.

Naher Osten: Der Frieden ist nach wie vor in weiter Ferne. Immerhin sind die Gespräche der vier Großmächte nützlich. Die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir will sich im Juli nach Washington begeben.

Atomare Rüstung: Die USA rechnen mit einer vorläufigen Einstellung

der Nuklearversuche im Rahmen eines Abkommens über die Rüstungskontrolle. Sie wiedersetzen sich jedoch einer einseitigen Einstellung der Atomversuche, falls die Sowjetunion ihre Experimente fortsetzt. — Die Regierung ist überzeugt, daß der Senat dem Raketenabwehrsystem «Safeguard» zustimmen wird. Dies umso mehr, als die UdSSR Raketen mit mehreren Sprengköpfen testen, die auf verschiedenen Flugbahnen ihr Ziel erreichen können und auch der Hitze beim Wiedereintritt in die Atmosphäre widerstehen sollen.

Inflation: Die Maßnahmen zur Konjunkturdämpfung sollten sich in zwei bis drei Monaten auswirken. Wenn dies nicht der Fall ist, müßten rigorosere Maßnahmen getroffen werden.